

Kaukasische Post

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 20 Rubl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 2 R., auf der 4. Seite 1 R. 50 Kop.

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr. (Kirotschnaja), 27, neben der deutschen Bibliothek. — Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11 — 1 Uhr vorm. (zu fragen nach B. Bauer).

Nr. 82.

Tiflis, den 19. Oktober 1919.

11. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsstelle der „Kauk. Post“ ist in das Kirchenhaus (Deutsches Real-Gymnasium) an der Kirchenstraße (Kirotschnaja) № 27 übergeführt worden und befindet sich unten, in den Räumlichkeiten neben der Deutschen Bibliothek.

Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags.

Der Zentral-Vorstand des B. d. transkaukasischen Deutschen.

Volkshaus Subalow. Deutsche Dramatische Sektion.

Zu Gunsten des ev.-luth. Siechenhauses.

Am Mittwoch, dem 22. Oktober.

Grosser Lustspiel-Abend.

Zur Aufführung gelangt:

„Zwei Wappen“.

Lustspiel mit Gesang in 4 Aufzügen von O. Rumental und G. Kadelburg.
In Szene gesetzt von Herrn W. Kenzler.

Anfang um 7 1/2 Uhr abends.

Vorverkauf der Billette: „Cafe „HOENE“ Golowinsky № 8 u. Weinhandl. „SAERO“ Michaelstr. № 112.

Auf Kirchenplatze, gegenüber dem deutschen Siechenhause, werden vom 1. November an

kleinere Parzellen

zu 40—50 Quadrat-Faden für gewerbliche Unternehmungen auf Naheres bei Ing. Barth, 2—3 Jahre verpachtet. Tiflis, Michael-Str. 131.
2—2

Die Delegierten-Versammlung des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.

(10. Fortsetzung.)

Die Versammlung wendet sich der Besprechung des Entwurfes der Satzung des Verbandes der transkaukasischen Deutschen Lehrer („Lehrerverband“) zu, der bekanntlich von der Lehrerkonferenz ausgearbeitet und der D.-B. zur Bestätigung unterbreitet wurde. Redakteur A. Fuzajeff liest hierzu von dem Vorstehenden vor, fordert, der Versammlung den Entwurf vor und knüpft daran, eine Reihe von Bemerkungen zu den (einzelnen) Paragraphen, welche jüngst in einer Vorbereitung des Zentral-Vorstandes zu einem Meinungsaustausch geführt hätten, der die Überzeugung von der Notwendigkeit eines noch engeren Zusammenhanges zwischen dem Lehrerverbande und dem allem. Verbande der

transf. Deutschen gezeitigt habe, als es die Lehrerkonferenz beabsichtigt hätte und der Lehrerverband nun ansiehe. Auch hätten gewisse Paragraphen, die Redner zitiert, bei derselben Gelegenheit Bedenken hervorgebracht (sie werden angegeben). Die Trübsicht und Bestätigung des Entwurfes sei zu beschleunigen, und empfehle es sich daher, daß die Versammlung sofort die Erledigung dieser Aufgabe in Angriff nehme; andernfalls würde die wohlgemeinte Absicht des Zentral-Vorstandes, aus der Angliederung des Lehrerverbandes an den allg. Verband Vorteil im Sinne einer sachgemäßen Bildung der obersten Schulleitung für das autonome deutsche Schulwesen zu ziehen, fehlschlagen, da mit der Wahl des Schulinspektors, oder „Schulinspektors“, wie er hier, in Georgien, genannt werde, nicht gezögert werden dürfe, und der Beginn des neuen Schuljahres liege vor der Tür; und gewiß würde die georgische Regierung Ministerium der Volksaufklärung) darauf bestehen, daß bei nicht erfolgtem Anschluß an die Semstros die deutschen Schulen nicht ohne einen vor ihr für letztere verantwortlichen obersten Leiter blieben. In Abwärtssicht lagen die Dinge vielleicht anders, da aber die Einführung der Landeskaiserrichtungen auch hier bedrohte und die nationalisierten Schulen in unteren Klassen nicht vor der Aufsicht der ihnen völlig fremd gegenüberstehenden staatlichen Schulinspektion unterstellt bleiben sollten (die faktuelle Autonomie der „völkischen“ Minderheiten sei ja auch in Abwärtssicht prinzipiell anerkannt), so sei die Dringlichkeit der Prüfung des Entwurfes hier eben nicht von der Hand zu weisen wie in Georgien. — Der Vorsitzende des Z.-B. E. Tröster erklärt sich mit den Ausführungen seines Redners, im allgemeinen einverstanden, bittet aber zu bedenken, ob eine derartige umfangreiche Aufgabe, wie sie die genaue Durchsicht eines Statutenentwurfes bedeute, einer so zahlreichen Versammlung zugemutet werden dürfte? So etwas besorge in der Regel besser und schneller eine Kommission, welche zu dem betreffenden Zweck gewählt und, wo erforderlich, an einen kurz bemessenen Termin (zur Erfüllung des Auftrages) gebunden werde. Er schlage daher vor, eine entsprechende Kommission zu wählen und ihr aufzutragen, die ihr zu stellende Aufgabe zum Schluß der tagenden D.-B. zu lösen. — Die Versammlung scheidet sich dem Vorschlage A. Fuzajeffs mit überwiegender Mehrheit (16 Stimmen) an und beginnt die Prüfung des Entwurfes mit § 1. Bei Besprechung der Frage über Stimmberechtigung der Mitglieder des Verbandes, die nicht an Verbandsschulen tätig sind, entfernen sich aber die meisten Delegierten aus dem Sitzungssaal. — E. Tröster erblickt in diesem Verhalten der Versammlung den besten Beweis für die Nichtigkeit seines Vorschlages und wiederholt ihn daher. — Der Delegierte M. Döngemach (Georgienfeld) spricht sich für Annahme dieses Vorschlages aus. Ihm schließt sich nun auch der Delegierte E. Lambarter (Tiflis) an. Der Delegierte M. Jaekel (Tiflis) — desgleichen aber unter der Bedingung, daß der zu erwähnenden Kommission ein möglichst naher Termin (etwa bis zum nächsten Tage) gegeben würde, und die von A. Fuzajeff geäußerte Befürchtung einer Verschleppung der Angelegenheit zu verhindern. Der Delegierte G. Heinenbach (Gelsenendorff) plädiert — „trotz aller scheinbaren Gleichgültigkeit der Versammlung bei Erledigung der so überaus wichtigen und dringlichen Frage“ — für Fortsetzung d. allgem. Beratung. Der Delegierte M. Döngemach erregt noch einmal das Wort und betont die Schwierigkeiten, welche ein solcher Arbeitsmodus in sich schließt, namentlich hinsichtlich gewisser

Punkte im Entwurf, wie z. B. betreffs der Altersverjüngung, die sowieso ohne Zustimmung der Gemeinden selbst nicht abgemacht werden könnten, und unterstützt daher aufs neue den Trösterischen Antrag. E. Tröster bittet, über seinen Vorschlag nochmals abstimmen zu lassen, mit dem Zustande, den der Delegierte M. Jaekel gemacht habe. — Die abwesenden Delegierten werden aufgefordert, in den Sitzungssaal zurückzukehren, und tun es ohne Verzug. Der Antrag E. Trösters wird nun nach längerer Beratung mit seiner Zustimmung dahin erweitert: „Der Zentral-Vorstand ist zu beauftragen, zusammen mit dem Vorstände des Lehrerverbandes die Statuten des Lehrerverbandes im Sinne der gemeinsamen Ziele durchzusehen und sie, nachdem solches geschehen, mit seinem und des Vorstandes des Lehrerverbandes Gutachten allen Ortsgruppen zugehen zu lassen, mit der Berechnung, daß letztere zu den Statuten und dem erwähnten Gutachten bis zum 1. Oktober d. J. Stellung genommen haben könnten“. Es werden hierzu einige Aussetzungen gemacht, so u. a. vom Vertreter des Lehrerverbandes G. Heiser (Tiflis), der darauf hinweist, daß nur einige Paragraphen (nicht alle) des Entwurfes die D.-B. angehen. — Der Vorsitzende bittet die Versammlung, nun noch einmal über den Antrag betreffend jezeitige Prüfung des Entwurfes abzusprechen, ehe er über den anderen Antrag (erweiterten Trösterischen) abstimmen lassen werde. Die Abstimmung über den 1. Antrag ergibt: 7 Stimmen dafür, 12 dagegen. Der 2. Antrag wird darauf mit 14 Stimmen angenommen. Ein Ergänzungsantrag (zum Antrage 2): „Wenn von einer Ortsgruppe bis zum 1. Oktober keine Antwort erfolgt, so ist der Zentral-Vorstand berechtigt, anzunehmen, daß die betreffende Ortsgruppe mit dem revidierten Statutenentwurf einverstanden ist, wobei als Voraussetzung bestimmt wird, daß dieser den Ortsgruppen von seiten des Zentral-Vorstandes nicht später als am 10. September zugegangen sein muß“ — wird gleichfalls, und zwar einstimmig angenommen. — Der Vorsitzende konstatiert hierauf, daß durch diesen Beschluß der Versammlung zugleich die Notwendigkeit einer Erledigung der Punkte 3 und 4 des Programms in der Schulfrage, wie es von der Versammlung vorher genehmigt worden sei (S. P. A. Verwirklichung der gemeinschaftlichen Arbeit des Lehrerverbandes und des allg. Verbandes — und A. P. Einheitsliches Schulwesen — a) Aufsicht; b) wirtschaftliche Seite u. c) pädagogische Seite), bis zur nächsten D.-B. hinmüßig geworden sei, und schlägt in Anbetracht dessen vor, nun zur Erledigung einzelner Schulangelegenheiten zu schreiten. — Dieses geschieht, und werden dabei von den Vertretern einzelner Ortsgruppen Klagen über Lehrermangel laut. So bedürfen: Georgienfeld, Ermatschen, Jabolki, Traubenberg und Grünfeld je eines Lehrers. Ihre Delegierten geben die Bedingungen an, unter denen sie die fehlenden Lehrer bei sich angusellen wünschen (sie werden von dem Vorsitzenden des Zentral-Vorstandes E. Tröster angemerkt), und bitten die Versammlung, zu beschließen, daß der Z.-B. gebalten sein solle, sein Möglichstes zu tun, um die Befreiung der vakanten Posten zu vermitteln. E. Tröster erklärt hierauf, daß er auch ohne Beschluß der D.-B. die Berücksichtigung namens des Zentral-Vorstandes abgeben könne und abgebe, daß letzterer alles tun werde, um den Wünschen obiger Delegierten gerecht zu werden, doch versproche er sich von all den Bemühungen seiner nennenswerten Erfolg, da der Mangel an geeigneten Lehrkräften, namentlich für die nationalisierte deutsche Schule, größer sei, als mancher glaube. — Der Delegierte der Ortsgruppe Tiflis M. Jaekel wie-

berholt dazu seinen zu Anfang der Tagung der D. B. (nach der Unterbrechung) gemachten Vorschlag betreffend Übernahme eines Teiles des voranschreitenden Defizits (75 000 Rbl.) im Haushalte des Deutschen Real-Gymnasiums in Tiflis (für das nächste Schuljahr) durch den Verband und weist hierbei nochmals auf den Beschluß der D. B. vom Januar d. J. hin, laut welchem der Verband, richtiger die in Georgien belegenen Ortsgruppen, sich zur Deckung eines Drittels des Defizits für das verfloßene Schuljahr und mithin auch für die kommende Zeit verpflichtet hätten. Auch betont der Delegierte nochmals, daß die Kirchengemeinde Tiflis, die nominelle Inhaberin dieser Lehraufgabe, die im Grunde genommen aber eine Verbandshilfe sei, ohne die beantragte Unterstützung (1/3 des Defizits) seitens der übrigen Ortsgruppen nicht auskommen könne. Nach etwa 3 Jahren werde die Not der Übergangszeit abgehan sein, denn mit der zweckmäßigeren Ausnutzung der Liegenschaftsrenten der Kirchengemeinde Tiflis würde selbstverständlich von keiner Seite mehr eine Unterstützung beantragt werden. Der Delegierte proponiert, in Ergänzung und mit teilweiser Abänderung des Beschlusses vom Januar, 2/3 der nötigen Summe (25 000 Rbl.) den georgischen Kolonien und 1/3 den adjerbeidjanschen Kolonien aufzuerlegen. Adjerbeidjan sei moralisch mitverantwortlich, das in Rede stehende allgemein-deutsche Kulturwerk zu unterstützen, zumal das tifliser Real-Gymnasium auch von Nicht-Tifliser besucht werde, die dadurch für die deutsche Kultur gewonnen würden. — Lehrer Pfeiffer unterstützt den Antrag der Ortsgruppe Tiflis aufs nachdrücklichste u. zählt u. a. die Kolonien auf, die Kinder in die tisl. Mittelschulen schicken (Marienfeld ist nicht vertreten). — Der Delegierte E. Lamvarter schließt sich den Ausführungen seiner beiden Vorredner aufs wärmste an und betont fernerseits auch, daß das Deutsche Real-Gymnasium in Tiflis für alle Kolonien vorzuziehen sei. — Der Vorsitzende des J. B. E. Tröster zeigt lebhaftes Interesse für die finanzielle Seite des tifliser Schulunternehmens und wünscht, den Kostenvoranschlag betreffs desselben für das nächste Schuljahr kennen zu lernen. Diefem Wunsch kommt der Delegierte M. Jaekel sofort nach. Seine Angaben und die Erläuterungen der übrigen Delegierten, sowie das Resultat der Abstimmung in dieser so überaus wichtigen Angelegenheit werden wir in der nächsten Nummer veröffentlichen. (Fortf. folgt.)

Zur politischen Lage.

Inland. — Auf der Eisenbahnstrecke Batum—Notanebi wollen die Reibungen zwischen den Angestellten der georgischen Eisenbahn und den Vertretern der örtlichen

Verwaltung, die bekanntlich von Personen ausgeübt wird, welche von dem britischen Kommando in Batum hierzu ernannt werden, kein Ende nehmen. So ist es auf der Station Seleny-Myz jüngst wieder zu einem bedauerlichen Zwischenfall gekommen, indem ein Milizionär des an die Bahnhälfte grenzenden Kaviers, ein Armerier namens Galbalian, sich eine Ungehörigkeit (billtlose Fahrt) zuschulden kommen ließ, für die er vom Revisor Masdula zur Verantwortung gezogen werden sollte, was aber eine Auffälligkeit und dann sogar große Täuschlichkeit gegen letzteren seitens des erleren zur Folge hatte, wobei G. dessen Dienstamterab, ein anderer Milizionär des nämlichen Kaviers, auf seine Aufforderung hin geholfen hat. In dieser Veranlassung hat nun der Gev. Minister des Kauzern G. B. Gegetichori an den Ober-Kommissar Großbritannien in Transkaukasien eine Note gerichtet, in welcher er ihn, nach Darlegung obiger Umstände, darum ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß hinfort, um dieser Sachlage ein Ende zu machen, auf der Linie Batum—Kobuleti die Eisenbahnhöfe einer besonderen Schutzwache, die englisch oder georgisch sein sollte, begleitet würden. — Der Ministerpräsident N. N. Shordania, der in letzter Zeit häufig krank war und auch eben nicht wohl ist, hat sich am 12. d. Mts. auf sein Landgut in Kantischpiti (Ameretien) zur Erholung zurückgezogen. — Als Procureure des Senats sind in Aussicht genommen: für das Zivil-Departement M. M. Ngodlijem, der derzeitige Alt. Vorsitzende der Tifl. Gerichtspalate, und für das Kriminal-Departement A. S. Selafaroff, der derzeitige Procureur an derselben Palate. — Die Übergabe der vor das Forum des Senats gehörenden Beschlüsse aus den Außerordentlichen, den Bezirks- und den Militär-Gerichten sowie aus den Friedensrichterplenumis ist angeordnet worden und wird in allernächster Zeit erfolgen. Damit zugleich werden sämtliche inzwischens merkwürdig geliebene Kassationsklagen und -proteste (früher war der russ. Dirigierende Senat die zuständige Instanz) Fortgang bekommen. — Aus Notanebi wird gemeldet, daß am 15. d. Mts. um 7 Uhr 50 Min. abends, auf der 29. Werrt der Schmelzung Nr. 2 durch mutwillige Beschädigung des Geseißes (es war offenbar wieder ein Überfall geplant, zwecks üblicher Verabreichung der Passagiere) zum Entgleisen gebracht wurde, wobei die Lokomotive, der Bagagewagen und zwei Personenzüge beschädigt, die Insassen der letzteren jedoch nicht verletzt wurden. Der Weg ist in einer Ausdehnung von 50 Faden unpassierbar geworden. Zwei Mitglieder der Räuberbande: Achobadian und Sfalutwadze, die sich im Zuge befanden, sind getötet worden.

Ausland. — Die lettländische Regierung erhebt in einer Note an die „Verbündeten“ Protest gegen die Er-

öffnung feindseliger Handlungen gegen Lettland seitens der neugebildeten „Regierung West-Rußlands“. Zugleich beschuldigt sie die deutsche Regierung des „Friedensbruches“, der darin zu erblicken sei, daß sie nicht nur nicht für rechtzeitige Entfernung der reichsdeutschen Truppenformationen aus Rußland Sorge, sondern der ganzen von General v. d. Goltz im Einvernehmen mit reaktionär gesinnten russischen Obermilitärs und der baltischen deutschen Bevölkerung, insbesondere den Baronen, in Szene gesetzten Bewegung gegen die Selbständigkeit der neuentstandenen baltischen Republik, zwecks Wiedervereinigung derselben mit einem monarchisch regierten Rußland, Vorschub geleistet habe. Diese Bewegung sei auch für die Ententeemächte nicht ohne Belang, denn sie verfolge mithin den Zweck, den in jenen Republikten ständig wachsenden Einfluß derselben, namentlich den Englands, zu unterbinden. Wenn die „Regierung West-Rußlands“ angebe, daß sie lediglich den russischen Volkswillens zu bekämpfen vorhabe, so sei das eine Vorgespiegelung falscher Tatsachen. Jedenfalls sei die lettländische Regierung durchaus nicht beschwermütlich, und läge daher kein Grund vor, auch sie, ohne den geringsten Versuch, sich diesbezüglich mit ihr zu verständigen, in den vermeintlichen Krieg mit der Moskauer Sowjet-Regierung zu verwickeln. Die Note klingt in die dringende Bitte aus, Lettland im Verteidigungskriege gegen das friedensbrecherische Deutschland unterstützen zu wollen, ehe es zu spät sein würde, und dadurch das Vertrauen, das Lettland den „Verbündeten“ so offenkundig entgegengebracht habe, zu rechtfertigen. Gegen diese Verschönerung und besonders gegen die von der Entente (ins: England!) eingeleitete Blockade der baltischen Häfen, die soeben erst dem deutschen Außenhandel wieder zugänglich geworden waren, allen voran Libau, desgleichen gegen die von derselben Seite ausgeprochene Drohung, die deutschen dorthin unterwegs befindlichen Handelsschiffe zu beschlagnahmen, erhebt die deutsche Regierung energischen Widerspruch, und auch die gesamte deutsche Presse protestiert, mit der Begründung, daß für die Handlungsweise v. d. Goltz und der ihm unterstellt gewesenen Offiziere und Soldaten, die sich in der Wehrmaß als „russische Unterthanen“ deklariert (erklärt) hätten und als solche auch von der „Regierung West-Rußlands“ anerkannt zu werden schieben, Deutschland nicht verantwortlich gemacht werden dürfe. Von einem „Friedensbruch“ könne nicht im entferntesten die Rede sein, im Gegenteil! — die deutsche Regierung tue alles, was in ihren Kräften liege, um die Bedingungen des Versailles Friedens nach Möglichkeit zu erfüllen. Ungeachtet dieses Protestes setzt die Entente ihre Bedrückungspolitik Deutschland gegenüber unentwegt fort, ja, sie hat dieselbe sogar noch verschärft durch Blockade

Für Herz und Gemüt.

Georgische Dichter.

Übersetzt von Artur Leitz (Tiflis). *)

1.
R u h m.

Heil dem Lichte, dessen Strahlen
Leben bringen in die Nacht,
Das verdrängt die Nebelwolken,
Bis der helle Tag erwacht!

Ruhm den Männern, welche mutig,
Furchtlos folgen seinem Schein
Und, ihr eignes Leben wagend,
Aus der Nacht ihr Volk befreien!

B. Ruchadze.

*) Mit Hilfe der georg. diplomatischen Vertretung wird es A. Leitz bald möglich sein, mit den literarischen Kreisen Deutschlands seine früheren Verbindungen wieder aufzunehmen. Er will alsbald seine einstuellen druckfertig gehaltenen Bücher veröffentlichen. Aus einem derselben: „Lebensbilder“ — beabsichtigt er demnächst einige in der „Raul. Post“ zu veröffentlichen. — Sodann soll bald die dritte Auflage seiner „Georgischen Dichter“, stark vermehrt, erscheinen, mit ihnen werden die Leser der „Raul. Post“ an dieser Stelle vorläufig bekannt gemacht werden. — Die zweite Auflage seines Buches „Das georgische Volk“ ist, umgearbeitet und stark vergrößert, schon nach Berlin zum Druck abgegangen. Die Schriftl.

2.
Ich stand auf heller Bergeshöh,
Und offen lag vor mir die Welt,
Aus Herz und Sinn schwand jedes Weh,
Ich sprach mit Gott im Sternenzelt.

Mein Fühlen und mein Sinnen galt

Der Ebedauer Leid und Not,
Und es zu lindern, allsobald,
Schien mir das wichtigste Gebot.

Jetzt steige ich hinab ins Tal,
Wo meiner harct nur Dunkelheit,
Und ein Gedanke voller Dual
Gibt mir beständig das Geleit.

Wie ist von heller Bergeshöh
Der Abstieg doch so freudenleer!
Als führte er von Gluck zu Weh,
In dieser Gang bedrückend schwer!

L u l a s R a s i f a s c h w i l i .

3.
Das schöne Land.

Ich zieh dorthin, wo Not und Armut
Dem Menschen keine Schande bringt,
Wo wahre Ehrlichkeit und Würde
Niemand verkauft und nicht verdingt.

Wo alle gleich geboren werden
Und wo kein einziger Unrecht tut,
Wo Christen überwältigt haben
Der Pfaffen falsche Brut.

Dies zauberische Land ich suchte,
(Es gibt ein solches) und ich fand
Es in der Märdenwelt der Träume,
Draun wird das Traumland es genannt.
Akaki Zereteli.

4.
Einst wird man ins Grab mich legen,
In der kühlen Erde Schooß,
Auch mein Sinnen und Empfinden
Hat nur meines Körpers Los.

Oberge Würmer werden dringen
In mein vielgeplagtes Herz,
Nichts wird mich dawo benahren,
Nicht einmal der Liebsten Schmerz.

Und umsonst nur werden schöne
Reißen auf dem Grabe blühn
Und vom Himmel helle Sterne
Durch die Nacht hernieder glühn.

Und der Gießbach wird mit Brausen
Brechen durch die Felsenklucht
Und als Wasserfall sich stürzen
Tief hinab mit Kraft und Wucht.

Doch von aller dieser Pracht
Dringt nichts in die Grabesnacht.
L u l a s R a s i f a s c h w i l i .



rung der Kieler Bucht und des Hafens von Danzig, wo in diesen Tagen bedeutende Lebensmitteltransporte eintreffen sollten. Die französische Presse kann sich gar nicht genug tun an erneuter Verheerung der öffentlichen Meinung in aller Welt gegen das „wortbrüchige“ Deutschland und fordert unter anderen Zwangsmaßnahmen, die letzteres zur Einkehr auf den Weg geborfamer Pflichten erfüllen bringen sollen, auch die militärische Besetzung der Stadt Frankfurt am Main etc. Die englische Presse ist nicht so einmütig wild auf Deutschland, wie ihre französische Kollegin. In ihr werden auch Stimmen laut, die zur Mäßigung mahnen. Letztere wäre am Ende auch schon deshalb am Platze, weil im Grunde genommen der Feldzug der welt-russischen Regierung gegen den Bolschewismus den Wünschen der Entente, also wohl auch Englands, entsprechen dürfte und gegen die Wiederherstellung Russlands in den Grenzen, wie sie vor 1914, vor dem Ausbruch des Weltkrieges bestanden, vom Standpunkt der Verbündeten, die im wahren Sinne des Wortes auch Verbündete Russlands, und gerade des zarischen, nicht des republikanischen Russlands waren, kaum etwas einzuwenden wäre. Wenn dann noch kein Zweifel darüber besteht, daß die lettlandische Regierung, ebenso wie die estländische, trotz aller „gemäßigter-sozialistischer“ Richtung nicht abgeneigt war, und das gerade noch kurz vor Einsetzen der Bewegung von Seiten v. d. Goltz und seiner Gesinnungs- und Raumpartgenossen, mit dem bolschewistischen Russland „Frieden zu schließen“, mit anderen Worten — zu paktieren, sich mit ihm bis zu einem gewissen Grade auf freundschaftlichen Fuß zu setzen, so kann es auch niemand verwundern, daß von deutsch-russischer, auf die Wiederherstellung des früheren Russlands bedachteter Seite — zu geben selbst, daß es sich hierbei um eine rein monarchische Bewegung handelt — die angefordigte Besetzung des lettlandischen (und wohl auch die des estländischen) Gebiets mithin als ein gegen den Bolschewismus gerichteter Schritt bezeichnet wird. Ganz abgesehen davon, daß die Regierung Ulmanis hinsichtlich ihrer politischen „Mäßigkeit“ hinter der auf Vertreiben der „Verbündeten“ gestützten, deutsch freundlichen Regierung Nedra erheblich nachsteht und — vor Anfang an, wenigstens in den baltisch-deutschen Kreisen — aber als eine bolschewistische denn als eine menschewistische Regierung gegolten hat. Was nun die Besetzung Rigas anlangt (s. vorige Nummer), so scheint sie sich zu bewahren, denn nach späteren Meldungen sollen erhebliche estländische Truppenmassen von Norden her auf Riga amarschießen, um es „von den Deutschen zu entsetzen“. Gleichzeitig sollen mit Hilfe der Engländer in Libau, also im Rücken der v. d. Goltz-Bermontsögen Armee, estländische Truppen gelandet worden sein. Im Zusammen-

hang-Hiermit beansprucht Interesse die Nachricht, daß auch in Litauen eine ähnliche deutsch-russische Bewegung wie in Rußland sich unter Führung des russischen Generals v. Eiben bemerkbar mache und daß Wilna Gefahr drohe, von letzterem besetzt zu werden. Die Nachricht klingt nicht ungläubwürdig, wenn man bedenkt, in wie rücksichtsloser Weise die neuerröschene Republik Polen sich hier breitzumachen begonnen hat. Zwischen zwei Uebeln wählt man bekanntlich in der Regel das kleinere; das gilt im Leben des einzelnen, gilt aber auch im Leben ganzer Völker. Originell nimmt sich angehts all dieser deutsch-russischen „Überraschungen“ das Verlangen des „Berliner Tageblatt“ aus, es möchte „offen dargelegt werden, welche Politik eigentlich gegenwärtig in Rußland seitens der Entente und Deutschen gemeinsam zu beobachten wäre, zu aller Weltgrößten Ruhm und Frommen!“, im Gegensatz zur „Bolschewischen Zeitung“, die Zurückhaltung deutschereits anräth, bis die neutralen Staaten ihre Stellungnahme zu den jüngsten Vorgängen in Baltien und namentlich auf der Dniester (Gebirgsbildung des Handwerkes) so oder anders gemessenheit haben würden. Das deutsche Volk sei nicht abgeneigt, Rußland in vieler Hinsicht beistimmen zu sein, nur komme es seine Hand zur Wiederherstellung der Autokratie (Selbstherrlichkeit) in Rußland nicht bieten. — Über die gegenwärtige Lage an den bolschewistischen Fronten wird u. a. gemeldet: In Westeuropa ist die Stadt Tjernomir, nördlich die Stadt Drel, südlich von letzterer die Stadt Wium von den „Freiwilligen“ eingenommen worden. Damit wird auch Brjansk (die Arbeiterhochburg der Sowjet-Regierung), Tula und Jelez so gut wie verloren. Erwägt man, daß auch Tambow, Koslow und, wie es scheint, neuerdings auch der Eisenbahnknotenpunkt Orjansk sich bereits in den Händen General Denikins bzw. der aus Südoften vorrückenden Kojakendetruppen befinden, so darf man denen wohl Recht geben, welche behaupten, daß das Schicksal Moskaus heute schon besiegelt sei. Petersburg ist offenbar nicht besser, wenn nicht gar noch viel schlimmer daran als Moskau, denn hier ist General Judenitsch von Narva aus bereits bis auf einige Werst vor Ostjehina angerückt und südlicher haben seine Truppen die Eisenbahnlinie Petersburg—Pflow überschritten, sobald die letzten Kämpfe schon aus der Gegend südlich von Zugaj gemeldet werden. Wie kritisch die Lage der Bolschewiken in den beiden Residenzen ist, erhellt aus den allarmierenden Aufrufen und Betrachtungen in ihrer Presse und aus der Panik, die unter der arbeitenden Klasse dajestoh bemerkbar zutage treten soll. Zwischen Don und Wolga (Südostfront) sind die Ausrichtungen für die Bolschewiki auch schwach, um nicht zu sagen — hoffnungslos, eitlem diese sich auf die Eisenbahnlinie Za-

riyn—Povorino (55 W. nordöstlich vom Don) haben zurückziehen müssen und in der Richtung auf Bogusjar (Gouv. Woroneß) bei Kalatsch und Wodschewsk von den Donischen arg bekrängt werden. An der kolttschischen Front (West-Sibirien) scheinen die Bolschewiki allerdings wieder vorzurücken, aber das ändert ihre verzweifelte Lage im europäischen Rußland nicht. Ebenso dürfte der Umstand, daß sie an der entgegengesetzten Front Kijew wieder erobert haben sollen (diese bolschewistische Meldung bedarf übrigens noch der Nachprüfung), nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, weil es sich hierbei wohl nur um den Vorstoß eines verstreuten (bolsch.) Truppencontingents handelt, das von den „Freiwilligen“ gewiß bald wieder zurückgedrängt werden wird.

Zur Arbeit der deutschen Nationalversammlung.

In der (43.) Sitzung am 3. Juli nahm die Nationalversammlung zunächst den Artikel 4 in zweiter Lesung an, wonach die allgemeinen anerkannten Regeln des Völkerrechts als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts gelten sollen. Ferner wurden angenommen die Artikel 5 und der Artikel 6, der die Punkte enthält, über die dem Reiche die ausschließliche Gesetzgebung zusteht: die Beziehungen zum Ausland, die Wehrverfassung, Zollwesen usw. Bei Artikel 7, der die Finanzhoheit des Reiches und seine ausschließliche Gesetzgebung für Steuern feststellt, soweit sie für Reichszwecke in Anspruch genommen werden, benutzt der bayerische Parteilührer und Bancardirektor Dr. Heim die Gelegenheit zu einer längeren Anklage gegen die zentralistische Tendenz der Verfassung. Die Verfassung sei das Sterbegeländ der Einzelstaaten, obwohl die Resolution ursprünglich ein Ausfluß antizentralistischer Bestimmung gewesen wäre. Heim erklärt aber, er sei sich bewußt, eine verlorene Sache zu verteidigen. Trotzdem behauptet er, der unitarische (Einheits-) Gedanke sei erst „tunlich“ durch die intellektuellen hineingetragen worden. Einen extremen föderalistischen Föderalismus, wie er im Rheinland betrieben werde, lehne auch er ab. Allerhöchste Hochachtung habe er vor den Hannoveranern. Er entwickelt dann weiterhin aus den verschiedenen Teilen der Verfassung, daß er von der Zentralisierung sowohl einen Niedergang in kultureller Beziehung (Gegensatz Berlins) befürchte, als auch schwere Gefahren wirtschaftlicher Natur. Denn der wirtschaftlichen Zentralisierung sei überhaupt kein Halt mehr geboten. Heim meint zum Schluß, die Verfassung bedeute das Ende Bayerns.

Nach einer Entgegnungrede des Reichskommissars Preuß, der die Ausführungen Heims als übertrieben zurückwies, wurde hi. am Tage vorher verabschiedet Abstimmung über die Reichsfarben vorgenommen (sie ist den Lesern der „R. B.“ schon bekannt, vgl. Nr. 75).

Bei Beratung der Art. 8 bis 17 und des Art. 19 über verschiedene Gesetzgebungsmaterien, Wahlen etc. (sie werden mit einigen Änderungen angenommen; die Beratung des Art. 18, der von der Gliederung des Reiches in Länder handelt, wurde ausgesetzt) erklärten u. a.:

Abg. Bogel (S.): Der Gedanke des Föderalismus (Bundesstaat) ist aufgehoben worden durch die Revolution. Die Entwicklung zum Unitarismus (Einheitsstaat) ist notwendig aus außenpolitischen wie innenpolitischen Gründen; insbesondere wird dadurch den föderalistischen Bestrebungen vorgebeugt, die schließlich doch nur den Erfolg haben würden, daß die abgefallenen Länder in kürzester Zeit, ein Spielball der anderen Länder würden. Auf der anderen Seite haben wir eine Vereinfachung und Verbilligung der ganzen Verwaltung dringend notwendig.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Die von Herrn Grafen Dohna beanstandete Formulierung ist nach tagelangen Verhandlungen angenommen worden, weil sich die Einzelstaaten damit einverstanden erklärt hatten, mit einer anderen Fassung aber nicht. Ich bitte, den Antrag des Grafen Dohna abzulehnen.

Abg. Bayerle (B.): Ich möchte doch gegenüber den Ausführungen des Herrn Dr. Preuß darauf hinweisen, daß die Vereinbarung so ganz glatt, wie sie uns heute dargelegt worden ist, nicht gewesen ist, daß vielmehr in den bayer. Regierungskreisen nach wie vor die ernstesten Besorgnisse ob-

Ein Kind im Schnee.

Erzählung von Elisabeth Daud (Heutlingen).

(1. Fortsetzung.)

Die Stunden schlichen hin. Diese Dunkelheit erfüllte das Gemach, im dem die junge Mutter trauernd saß; nichts glänzte mehr in dem Raume, als der Glitter an dem Tannenbäumchen und die blanken Glasketten. Dann ging draußen hin und wieder ein bleiches Leuchten über die weite Ebene, das es fast taghell wurde, und aus dem nahen Dorfstreifen hallte frommer Chorgesang zu der einsamen Frau herüber.

Helene hob den Kopf und lauschte. Sie verstand die Worte nicht, aber sie kannte die Melodie wohl, und in dem Augenblicke zog mit den Tonwellen des Liebes etwas von dem himmlischen Frieden, den die Betenden erböten, auch in ihr verwundetes Herz.

Vange saß sie still, wie trauernd da. Ein schwärmerischer Ausdrück lag auf dem blauen Frauentgesichte. Draufsende Vogelklänge umrauschten sie, und ihr war es, als säße sie mitten in der kleinen Kirche und ihr Mann spielte. Heller, immer heller wurde der Gesang — jubelnder.

Helene presste die Hände zusammen, und ein paar große, heiße Tränen rannen langsam über ihr Gesicht. Sie dachte, die Gemeinde hätte nie so schön gesungen. Und doch waren es nur einfache Bauern, die dort drüben das neue Jahr willkommen hießen, in ihrer schlichten, frommen Art.

Jetzt brauchte die Orgel nicht mehr — es klang wie feine Gartenstimmen aus dunklem Grunde hervor, lieblich und weich. Dann wurde der Gesang auch leiser, ganz leise und endlich beschwobte der letzte Ton.

Helene erwiderte. Alle ihre Schmerzen wachten nun wieder auf und wurden laut, so laut.

O, Karlchen! — hammelte sie schluchzend, mein kleiner Sohn!

Da klang von neuem die süße, sehnuchtsvolle Kinderstimme: „Da bin ich! Da bin ich! Stehst du mich nicht?“ Sie fuhr sich mit der Hand über die Stirn, ob sie nicht träumte? Sie war heiß wie im Fieber. Immer von neuem küßerte sie den geliebten Namen: Karlchen — mein Karlchen.

Dabei stand sie von dem Stuhle auf, in dem sie so lange gesessen hatte, und sah noch einmal zum Fenster hinaus. Wie weit war der Weg zum Friedhof hin, und wie funtelsch, als sei er von Sternen besät. Gar wunderbar mußte es dort jetzt sein und stille — wenn die Gloden über die Gräber sinklängen und der Wind in den Bäumen schluchzte und sang — sang — ein seltsam dunkles, Weithellied dem jungen Jahr.

Ja, ich komme, ich komme zu dir, mein Karlchen! Küßerte Helene bewegt, nur rissige Lippen will ich noch an den Baum stecken und ihn dir dann bringen! Es ist Selbsthört jetzt, mein Karlchen!

Rommi, Rommi! hat die süße Stimme.

Wieder ging das bleiche Leuchten draußen über die weite Ebene und suchte wie ein blaues, zitternder Strahl durch das Fenster der dunkeln Stube.

Hastig hiedte Helene neue Lichter an den Baum und warf dann ein warmes Tuch um die Schüttern. Nun nahm sie das gepuete Bäumchen von dem Tisch und verließ mit ihm das Haus. (Fortf. folgt.)

walten, ob die Zuständigkeiterweiterung des Reiches nicht doch in vielen Punkten zu weit geht und sich damit auch für die Reichsfriedigkeit als abschreckend erweisen könnte.

Abg. Koch-Rassel (Dem.): Der Weg zum Einheitsstaat soll und kann nicht in einem Tage gemacht werden, aber die Art. 9 und 10 führen doch auf den Weg zum Einheitsstaat hin.

Abg. Kahlenstein (S.) wendet sich gegen die Abänderungsanträge. Den besonderen Kulturaufgaben der Einzelländer wollen auch wir Rechnung tragen. Nach der erlittenen Niederlage muß aber eine Zusammenfassung aller Kräfte stattfinden.

Reichskommissar Dr. Preuß: So viel ist sicher, es gibt keine Souveränität der Einzelstaaten im alten Sinne mehr. In einem monarchischen Reich können republikanische Einzelstaaten bestehen, aber in einer deutschen Republik ist ein monarchischer Einzelstaat vollkommen unmöglich. (Sehr richtig!)

Abg. Haas (Dem.): Tatsächlich ist ein Zustand, daß Preußen eine Monarchie und das Reich etwa eine Republik wäre, ganz unmöglich. Die Demokratie vertritt sich nicht mit den in der Verfassung niedergelegten Grundsätzen.

Es folgt Abschnitt II: Reichstag.

Zu Artikel 2 beantragt Graf Arnstadt (Dishnat), die Festsetzung des Wahlrechts auf das 20. Lebensjahr zu streichen und sie dem Reichswahlgesetz zu überlassen.

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.) beantragt für den Fall der Ablehnung dieses Antrages, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen.

Abg. Bauer (S.) beantragt einen Zusatz: Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Feiertag sein.

Abg. Fr. Behm (D. N. Vp.): Als Frau und auch als Schulmeisterin, was ich 25 Jahre lang gewesen bin, möchte ich Sie herzlich bitten, unsere Jugend, die männliche wie die weibliche, von der Pflicht zu entbinden, schon mit 20 Jahren ihre Stimme in die Wahlschale zu legen für Dinge, die, na, sagen wir mal, ihnen zum Teil noch recht fern liegen. Die jugendlichen Männer befinden sich in diesen Jahren in einem Stadium der Gärung, und die jungen Mädchen — ich war doch auch einmal jung (große Getreterei). Als Vater und Mütter und Freunde der Jugend bitte ich Sie, lassen Sie diese Bestimmung aus der Verfassung heraus und erlauben Sie der Jugend das, was die Hauptsache ist, die Freude ums Dasein.

Abg. Hardtmann (Dem.): Man darf die jungen Leute von 20 bis 24 Jahren nicht vom politischen Leben fernhalten. Aber die Gleichstellung des Wahlalters mit dem Mündigkeitsalter von 21 Jahren läßt sich reden. (Hört, hört! bei den S.)

Abg. Bauerermann (D. Vp.): Wir beantragen gleichfalls die Herabsetzung des Wahlalters; denn ein 20jähriger Jüngling oder eine solche Jungfrau hat nicht die Reife zur vollständigen Wahrnehmung des bürgerlichen Wahlrechts.

Abg. Frau Haake (S.): Aus Dankbarkeit schon möchte man den jungen Kriegern das Wahlrecht geben. Der für gut befunden wird, sein Blut für das Vaterland zu verspritzen, darf auch sein Wort in die Wahlschale werfen. Die Herabsetzung des Wahlalters wäre eine Provokation der gesamten Staatsbürger. (Lebhafte Beifall und Gambellachen h. d. S.)

Abg. Frau Fieb (N. S.): Die Proletarietjugend hat eine so furchtbare Schule durchgemacht, daß sie mit 20 Jahren für das Wahlrecht reif ist. Für die Gleichstellung des Wahlalters mit dem Mündigkeitsalter würde ich sein, aber in dem umgekehrten Sinne, daß das Mündigkeitsalter auf 20 Jahre herabgesetzt wird.

Zu Art. 22 beantragen die Abg. Arnstadt (D. N. Vp.) und Orffsen die Wahlbauer des Reichstags von fünf Jahren.

Abg. Oberhoffen (D. N.) begründet den Antrag der Redner und verweist auf Länder mit viel längerer Legislaturperiode; er verlangt gerade für die übrige Zeit die Verminderung der Auflösung des Volkes durch andauernde Wahlkämpfe.

Abg. Gruenow (D. Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Antrag auf eine fünfjährige Legislaturperiode, um die Wahlhäufigkeit zu vermindern. Ferner

trägt gerade die längere Periode zur Stärkung der Demokratie bei, weil sie die parlamentarische Erfahrung und Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten fördert.

Abg. Heinze (D. Vp.) erklärt, daß auch die Deutsche Volkspartei dem Antrag Arnstadt beitrifft. Sachliche Gründe für die dreijährige Periode haben wir nicht gehört.

Abg. Kahlenstein (S.): Wir lehnen den deutschen nationalen Antrag ab, um der beabsichtigten Volksvertretung vorzubeugen.

Abg. Wurm (N. S.): Wir sind für die dreijährige Periode, würden aber bereit sein, auch für eine noch kürzere einzutreten.

Damit schließt die Besprechung.

Die Abstimmung, die auf Antrag des Abg. Duard namentlich sein wird, wird auf morgen verfahren.

Die deutsche Auswanderungsfrage und ihre Lösung.

Zu den neueren Versuchen einer gesellschaftlichen deutschen Auswanderung.

Von M. Grisebach, Witzgenhausen, Pfarrer und Dozent an der deutschen Kolonialschule und Geschäftsführer des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Anwärter und Auswanderer.

IV. Beurteilung der vorliegenden Entwürfe einer gesellschaftlichen Auswanderung.

Doch angenommen, es fänden sich noch allem geeignete Gebiete, welche als Einwanderungsziel für Deutsche wohl in Frage kämen — worauf haben die Vereinigungen einer gesellschaftlichen Auswanderung besonders zu achten, wenn sie mit ihrem ganzen Unternehmen nicht sehr bald völlig Schiffbruch leiden wollen? Einmal müssen sie sich vor Illusionen jeglicher Art hüten. Es würde zu weit führen, die vorliegenden Pläne einer gesellschaftlichen Auswanderung im einzelnen zu besprechen. Soweit uns bekannt ist, sind bisher folgende Organisationen in die Erscheinung getreten:

„Zentralverband der Auswanderung Intellektueller in Wien“, welcher es besonders auf auswanderungslustige österreichische Offiziere abgesehen hat und diese für eine Auswanderung nach Argentinien, Brasilien, Kanada und Mexiko zu gewinnen sucht.

Der schon vor dem Krieg bestehende „Deutsch-Argentinische Zentralverband in Berlin und Hamburg“ hat ebenfalls sein Augenmerk vorwiegend auf Offiziere gerichtet und plant die Einrichtung einer größeren Lehr-Planica in Argentinien.

Der auf demokratischer (kommunistischer?) Grundlage aufgebaute „Verein für koloniale Siedlung in Ehen“, an dessen Spitze ein Polizeiwachtmeister stehen soll, wirkt für Südbrasilien und Argentinien.

Auf soliderer Grundlage steht die „Vereinigung für koloniale Siedlung“ in Berlin, welche ihre Schlingel nach Mexiko leiten will.

Ferner sind zwei Münchener Gesellschaften zu nennen, von denen die eine der „Deutsche Bund südamerikanischer Auswanderer“ ist, die andere „Vereinigung zum Schutze deutscher Auswanderer“ heißt. Während im ersten alle deutschen und österreichischen Auswanderer, zur Wahrung hauptsächlich ihrer persönlichen, wirtschaftlichen Interessen zusammengefaßt werden, soll die letztere in ein staatliches Auswanderungsamt umgewandelt werden.

Auch in Leipzig ist ein kommunistisches Unternehmen bekannt geworden, welches das holländische Ausland als Auswanderungsziel erwählt hat.

Das „Ibero-Amerikanische Institut“ zu Hamburg läßt Anträge verbreiten zum Zusammenschluß der Auswanderer und Gründung eines „Bundes zur Ansiedelung in Latein-Amerika“ und scheint seine Werbearbeit hauptsächlich von der Schweiz aus zu betreiben. Als Ansiedlungsgebiet ist zunächst Mexiko in Aussicht genommen.

Eine „Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Abtheilung Auswanderer-Fürsorge“ gibt eine neue „Wochenzeitung für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der deutschen Auswanderer und des Deutschthums im Ausland“, das „Organ der deutschen Auswandererzentrale

Breslau — Berlin — Hamburg“, sowie das „Organ zahlreicher gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften für Afrika und Südamerika“, heraus. Diese „Deutsche Auswandererzeitung“ (herausgegeben von Hans Carl Stein) teilt unter anderem mit, daß die Auswandererzentrale sofort nach Friedensschluß in New York, Rio de Janeiro und Buenos-Aires Arbeitsnachweise für deutsche Auswanderer einrichten wolle. Auch Afrika, Anatolien und Libanon sollen als deutsche Ansiedlungsgebiete gefördert werden. Auch hier scheint es sich um ein großzügiges Unternehmen gesellschaftlicher Auswanderung zu handeln.

Ferner wirkt „Almece“, eine deutsch-mexikanische Wirtschaftsgesellschaft m. b. H. in Neutlingen, durch eigenartige Anzeigen und Fragebogen für eine Ansiedlung in Mexiko. Diese teilt mit, daß „in Abde die Gründung einer Auswanderer- und Siedlungsvereinigung in Form einer Gesellschaft m. b. H.“ für Mexiko geplant sei.

„Ratschläge für Auswanderer“ und gemeinsame Siedlungsunternehmen gibt neuerdings der „Volksverlag für Politik und Verkehr“ in Stuttgart heraus.

Außerdem arbeitet mehr oder weniger heimlich eine größere Zahl von früheren Auslandsdeutschen, um für die ihnen persönlich bekannten Siedlungsgebiete in überseeischen Ländern aus mehr oder weniger spekulativen Gründen zu werben. Man begegnet ihren Spuren in unerblicklichen Zeitungsanzeigen, welche letztere auch eine rege Beteiligtheit der Konsulate überseeischer Länder erkennen lassen. Einen ausführlichen Entwurf zur Organisation der deutschen Auswanderung 1919 hat kürzlich Dr. A. Janasch in Nr. 14 bis 17 des 41. Jahrgangs der Zeitschrift „Expoet“ (vom 1. 4. 19) erscheinen lassen, welcher unter Nr. III „Gesellschaftliche und Einzelsiedlungen“ bespricht und welcher der Beachtung wert ist. Bis zum Erscheinen dieses unseres Artikels werden voraussichtlich noch weitere Pläne in die Erscheinung getreten sein.

(Schluß folgt.)

Aus dem deutschen Leben.

Baku

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Dankfagung vom 4. d. Ms. gebeten:

Wir armen Witwen, Sophia Horn und Maria Katharina Klein, mit zwei Waisenkindern bringen hiermit dem Vorstande der Mutter Dienstgruppe des Verbandes der transk. Deutschen für seine väterliche Fürsorge (Beförderung mit Geld zu unserem Lebensunterhalt im Laufe von 4 Monaten und freie Schule im Sommer) unseren herzlichsten Dank dar. Gott schütze und segne den geehrten Vorstand und die Spender, auf daß auch in Zukunft von den Brotsamen, welche von ihrem Tische fallen, arme Witwen und Waisen satt werden!

Hochachtung (Unterschriften).

Briefkasten.

— In Alexander'sk. — Der Bericht über die Entwicklung der Kolonie A. ist nicht erschienen, da er uns abhanden gekommen ist. Vielleicht sind Sie in der Lage, uns eine Abschrift desselben zuzusenden, damit wir das Versäumte nachholen könnten. Im übrigen erbiten wir uns weitere Berichte.

Gottfried Kimmeler in Katharinenfeld. — Der Z. B. hält es nicht für möglich, Ihre Betrachtung vom 20. September. („Vorausicht“) zu veröffentlichen, ehe dies von ihm an ihren Herrn Bruder seinerzeit auf dessen Zuschrift gerichtete Anfrage (Namensnennung!) befriedigend beantwortet sein wird. Anschuldigungen so schwerwiegender Art dürfen nicht unpersönlich gehalten sein, da sie den Unwillen der ganzen Gemeinde d. berechtigtermaßen hervorrufen würden.

Herausgeber und verantwortlich für die Redaktion der Z. B. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.